

# WALL-JOURNAL



Zeitung der AfD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund

## Liebe Dortmunder,

Sie lesen die dritte Ausgabe unseres „Wall Journal“. Es ist die Sicht der AfD-Ratsfraktion auf unsere Heimatstadt. Drei Jahre lang war unsere Fraktion wegen des Rathaus-Umbaus zum Südwall ausgelagert. In dieser Zeit stiegen die Umbaukosten von 34 Mio. Euro auf fast 50 Mio. Euro. Diese Kostenexplosion auch für dieses Projekt hatten wir zum Zeitpunkt des Umbaubeschlusses als Befürchtung angekündigt. So kam es denn auch. Jetzt sind wir endlich wieder zurück am Friedensplatz 1. Wir erwarten Sie dort jederzeit gern (0231-50 27160).

Die Lage: Die Altparteien „investieren“ immer mehr Millionen in den Niedergang unserer Stadt: 25 Mio. Euro für die rund 12.000 Roma, 20 Mio. Euro für Asyl-Zuwanderer. Und da ist vor allem der Kampf gegen das Auto über drastisch weniger Parkplätze und Tempo 30-Zonen bald überall. Hinzu kommt die extrem teure, sogenannte „Klima-Wende“, die u. a. das Bauen erheblich verteuert. 160 Mio. Euro fehlen 2024 in Dortmunds Kasse! Und die freie Rede? Sie wird im Stadtrat weiterhin nicht geschätzt.

Sie sehen, es wird alles dafür getan, Dortmund selbst für die eigenen Bürger unattraktiver zu machen. Seien Sie sicher, dass wir unsere Stadt weiter verteidigen werden: Dortmund – aber normal!

Ihr  
Heiner Garbe, Fraktionsvorsitzender



Vor dem Ibis-Asyl-Hotel: H. Garbe, W. Seitz (Ratsherren), W. Hendler, M. Barthold, B. Hempfling (Bezirksvertreter, v. l. n. r.)

## Fragt die Bürger!

**Bis zu 400 Migranten bewohnen seit Jahresbeginn das Ibis-Hotel in Oespel. Die Erstaufnahmeeinrichtung wurde den Anwohnern als Basta-Entscheidung serviert. Ein Antrag der AfD, die Bürger einzubeziehen, geriet für die anderen Fraktionen zum Offenbarungseid.**

Die Massenzuwanderung läuft auf Hochtouren. Auch in Dortmund-Oespel quartiert das Land mithilfe der Stadt Dortmund jetzt 400 Migranten im Ibis-Hotel ein. In der Drei-Sterne-Unterkunft kommt auf vier Bewohner ein Angestellter! 75 Betreuer und 25 Sicherheitskräfte sollen eingestellt werden. Natürlich gibt es Vollverpflegung, Freizeitangebote und eine Sanitätsstation mit Krankenpflegepersonal. Ab dem Frühjahr sollen sogar Lehrer hierhin abgeordnet werden – als hätten wir

in Dortmund keinen Lehrermangel zu beklagen.

Da die Bewohner die Unterkunft jederzeit verlassen können, fürchten viele Anwohner zu Recht um ihre Sicherheit. Immer mehr Bürger haben nach Jahren der Überfremdung auch einfach die Nase voll. Darum beantragte die AfD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund das eigentlich Selbstverständliche: In Form eines sogenannten Ratsbürgerentscheids sollten die betroffenen Anwohner selbst entscheiden, ob sie für die

„Zentrale Unterbringungseinrichtung“ (ZUE) in der Nachbarschaft sind. Zur Abstimmung des Antrags kam es aber nicht. Alle anderen Fraktionen behaupten nämlich, der Rat habe hier nichts zu entscheiden. Warum erteilte er der Einrichtung in derselben Sitzung dann seinen Segen?

Da die CDU jetzt auf migrationskritisch macht, enthielt sie sich aus Fragen des Brandschutzes, wie es hieß. Klare Kante gegen die Massmigration zeigt nur die AfD-Fraktion.

Mehr auf Seite 2



Besuchten Gansers Vortrag: AfD-Ratsherren H. Garbe, P. Bohnhof, W. Seitz (v. l. n. r.)

## Ratsfraktionen wollen Rache für Ganser-Debakel

Auf massiven Druck von der Dortmunder Politik strichen die Westfalenhallen den Friedensforscher Dr. Daniele Ganser vergangenen März aus ihrem Programm – zu Unrecht, urteilte das Oberverwaltungsgericht. So sprach Ganser doch noch vor 2.000 Gästen über die Hintergründe des Ukrainekriegs. Während sich im Rat nur die AfD-Fraktion zur Meinungs- und Informationsfreiheit bekannte, soll nun eine „Veranstaltungssatzung“ Auftritte unbequemer Personen zukünftig von vornherein verhindern.

## CDU: Desinfektionssponder mit Sonnencreme befüllen!

Nachdem Corona zum Glück kein Thema mehr ist, will die CDU-Fraktion ernsthaft prüfen, ob man die in Schulen angebrachten Desinfektionssponder mit Sonnencreme befüllen könne! So wolle sie Schüler angeblich vor „Hautkrebsrisiko durch starke Sonneneinstrahlung“ schützen. Wurde Kindern und Jugendlichen in den letzten Jahren nicht schon genug Angst eingebläht? Wir fragen uns, ob die Kollegen, als sie auf diese Idee kamen, nicht selbst schon zu lange in der prallen Sommersonne standen.

## Inszenierte „Bürgerinformation“ „Wir haben Platz“ - nur nicht für betroffene Anwohner

Erst als das Asylhotel in Oespel längst in trockenen Tüchern war, bezog man auch die Anwohner ein. Eine sogenannte Bürgerinformationsveranstaltung in der evangelischen Kirche der Elias-Gemeinde geriet aber zum Schmierentheater.

Bereits rund eine Stunde vor der durch die Bezirksregierung Arnsberg und Vertreter der Stadt Dortmund durchgeführten Veranstaltung betraten stadtbekannt Verfechter der „Flüchtlingspolitik“ und diverse Vertreter sogenannter Hilfsorganisationen die Kirche durch einen Nebeneingang. Diese Gruppe wurde an- und eingewiesen, die vorderen Sitzreihen in der Kirche zu belegen, wodurch der Kirchenraum schon zu rund einem

ratsfraktion, dass überhaupt Kritik durchkam. So erfuhren die Anwesenden auch, dass ein AfD-Antrag auf Bürgerbeteiligung von der Tagesordnung des Rates genommen worden war. „Die AfD steht für eine konsequente Bürgerbeteiligung in dieser Frage“, erklärte er.

Zu diesem Zeitpunkt ergriff draußen Heiner Garbe, Vorsitzender der AfD-Fraktion, das Wort und kritisierte das Großaufgebot evangelischer Pfarrer, das sich in der Kirche ein Stelldichein gab. Weder Kerstin Schiffner, Stefanie Elkmann, Christian Höfener-Wolf noch der pensionierte Pfarrer Anders-Hoepgen kamen auf den Gedanken, ihre Plätze den draußen stehenden Bürgern anzubieten. „Alle Seelenhirten blei-



Innen saß die Migrantenlobby - draußen froren die Anwohner.

Drittel gefüllt war. Angeblich waren nämlich nur 150 Plätze genehmigt. Trotz unbesetzter Seitenreihen und Empore, mussten somit rund 250 interessierte Bürger draußen bleiben. Eine Frechheit!

In der Kirche waren Aussagen unerwünscht - jedenfalls von kritischen Bürgern. Dass nur Fragen erlaubt wurden, nahmen die Vertreter der Migrantenlobby nämlich nicht so genau und gingen ausführlich auf ihre Tätigkeit und ihr Wirken ein. Gleichwohl gelang es u.a. durch Peter Bohnhof von der AfD-Stadt-

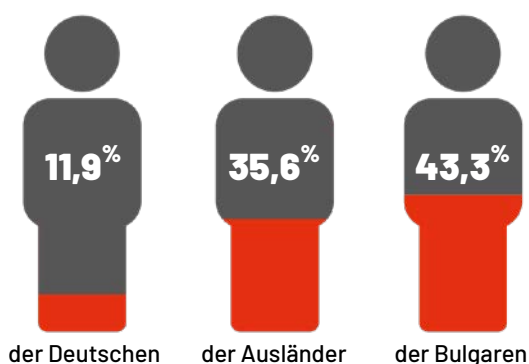
ben lieber in der warmen Kirche und kümmern sich eben nicht um ihre Schäflein draußen in der kalten Nacht“, so Garbe.

Das Versammlungstheater fasste er mit den folgenden Worten zusammen: „Es ist beschämend, dass es zwar möglich ist, Migranten in einem Hotel unterzubringen und jeden Einzelnen mit 20.000 Euro pro Jahr zu finanzieren, aber man es nicht schafft, für die eigenen Bürger nur für einen Tag ein ausreichend großes Zelt mit Bestuhlung und Heizung aufzustellen.“

### Wer Bürgergeld bekommt:

SGB II-Bezug der unter 65-Jährigen

Quelle:  
Dortmunder Sachstandsbericht Zuwanderung aus Südosteuropa 2023



## Und deshalb geht nur ein ganz klares „Nein“ zur ZUE!

Kommentar von Heiner Garbe

4.300 Oespeler Bürger - 400 Migranten. Keine Frage: Die Entscheidung des Landes und der Altparteien im Dortmunder Stadtrat für das neue und bisher größte Dortmunder Asyl-Heim unweit der Oespeler Ortsmitte hat einen der kleinsten Ortsteile der Stadt kalt erwischt. Mit den bereits in Oespel untergebrachten Asylforderern beträgt der Migranten-Anteil in unserem Dorf damit rund 11 Prozent.

Die AfD-Fraktion hat dazu eine glasklare Position: Für die kleinen Ortsteile Oespel und Kley ist eine Dauer-Massenunterkunft für zu meist junge Männer aus Afghanistan, Syrien, Westafrika und arabischen Staaten völlig unakzeptabel. Die Einrichtung - im Behördenjargon „Zentrale Unterbringungseinheit“ (ZUE) - negiert neben den legitimen Sicherheitsbedürfnissen der Oespeler auch die soziale Ausgewogenheit im Dorf.

Einrichtungen wie diese sind von uns natürlich auch grundsätzlich abzulehnen, weil sie die zunehmenden Missstände nur verwalten und zementieren und eben nicht dazu beitragen, endlich den Migranten-Zustrom in unser Land konsequent zu stoppen. Die Bedrohung durch die Massenmigration hat inzwischen ein solches Ausmaß erreicht, dass niemand mit Blick auf Unterkünfte aller Art einfach noch gedankenlos sagen kann: „Irgendwo müssen die Leute ja schließlich hin“. Ich sage: Nein!

Setzt man sich mal an einem schönen Tag auf eine Bank in der Innenstadt, gewinnt man den Eindruck, halb Westafrika ist auf Urlaub in Dortmund...

Die Lösung des Migrationsproblems liegt in einer lückenlosen Bewachung unserer Grenzen mit robuster Abweisung und massiven Abschiebungen (Remigration). Die weiter ungebremste Zuwanderung bedroht unsere Bürgerschaft, unser Land und unsere Kultur. Alle von der Regierung bisher angekündigten Maßnahmen werden bei weitem nicht ausreichen, um des Problems Herr zu werden. Sie sollen offenbar nur die Bevölkerung beruhigen. Wöchentlich gibt es über 2.000 neue Migranten, die allein in NRW Einzug halten!

Auch mit dem verantwortlichen Gesamtblick auf unsere Stadt ist es wichtig, sich klar zu positionieren: Das Oespeler Asylhotel ist nicht alles, was da noch auf die Dortmunder Bürger zukommt! OB Westphal (SPD) hat noch weitere Immobilien-Angebote für die Landesregierung in der Hinterhand - die Migrationssüchtigen brauchen eben weitere Migrantenheime. Auch Bürger in anderen Stadtteilen müssen daher mit neuen Landesunterkünften in ihren Nachbarschaften rechnen.

Es ist also geboten, wachsam zu sein. Die AfD-Fraktion im Stadtrat wird auch weiter hinter unseren Bürgern in unserer Heimatstadt stehen!

### Dortmund bei EU-Sozialtouristen beliebter denn je

791 Personen aus Rumänien und Bulgarien zog es im Jahr 2022 nach Dortmund - ein Anstieg von 7,2 Prozent. Insgesamt lebten hier somit 11.720 sogenannte EU2-Bürger. Ihre Beschäftigungsquote beträgt 44,3 Prozent, was deutlich unter dem Bundeswert von 68,8 Prozent liegt. Auffällig ist auch, dass deutschlandweit zwar jeder siebte Bulgare/Rumäne Sozialleistungen bezieht, in Dortmund jedoch mehr als jeder dritte (38,8 Prozent)! Einen Berufsabschluss haben nur rund 6 Prozent der Arbeitssuchenden.

Ein Ende des EU-Sozialtourismus nach Dortmund ist nicht in Sicht. Es wird erwartet, dass die Zahlen in den nächsten Jahren weiter steigen.

### Rat verhindert Aufarbeitung von Corona-Maßnahmen

Mit seinen mehrfach gescheiterten Versuchen, im Alleingang Dortmunds Schulen zu schließen, wurde Oberbürgermeister Thomas Westphal (SPD) in der Corona-Zeit landesweit als Maßnahmen-Hardliner berüchtigt. Nachdem der Evaluationsbericht des Bundes schon keinerlei nachweisbaren Nutzen der Maßnahmen feststellen konnte, gab schließlich selbst Karl Lauterbach zu, dass Schulschließungen ein Fehler waren. Die AfD-Fraktion beantragte eine unbefangene Aufarbeitung städtischer Maßnahmen wie der Maskenpflicht auf Märkten und in Parks oder „2G“ auf der Studien- und Ausbildungsmesse „Stuzubi“. Alle anderen Fraktionen verhinderten dies.

## Haushaltsloch von 160 Millionen Euro Finanz-Desaster nimmt weiter Fahrt auf



Chronisch in den roten Zahlen: das Fußballmuseum.

**Nur mit einem Finanztrick über die Tochter DSW 21 dürfte es dem Kämmerer für 2024 noch einmal gelingen, formal einen genehmigungsfähigen Haushalt darzustellen. Ja, das Finanz-Desaster für unseren Stadt-Etat geht weiter. Kommentar von Heiner Garbe**

Diesmal fehlen unterm Strich 160 Mio. Euro in der Kasse. 2023 waren es „nur“ 46 Mio. Euro. Das Defizit fällt vor allen so hoch aus, weil das Land für 2024 einen Riegel davorgeschoben hat, etwa Corona-Folgekosten oder die Ukraine-Kriegsfolgenkosten erneut in einen „Schattenhaushalt“ zu schieben. Im Etat 2024 zu Buche schlagen nunmehr allein 57 Mio. Euro für die Migranten inkl. Flüchtlinge aus der Ukraine und 25 Mio. Euro für die rund 12.000 Roma in der Stadt. Extrem hoch fallen auch die Belastungen durch die Tarifierhöhungen der Angestellten (80 Mio. Euro) und Beamten (98 Mio. Euro) aus. Mit 80 Mio. Euro stark verteuert hat sich auch die Refinanzierung der Stadt als Folge des Zinsanstiegs.

Spätestens im übernächsten Jahr geht es dann für uns Bürger ans Eingemachte: Dann nämlich wird die Ausgleichrücklage aufgebraucht sein. Die Stadt ist dann finanziell ausgepowert und wird nach Jahren zu dem Mittel „Steuererhöhungen“ greifen. Die Veranlagung zur Grundsteuer haben die Bürger am meisten

zu fürchten. Ich höre sie jetzt schon im Stadtrat tönen: „So lange haben wir die Bürger geschont. Jetzt müssen die Grundsteuern leider erhöht werden, da die Kommune ansonsten kaum weitere Möglichkeit der Finanzierung aus eigener Kraft hat ...“

Der Zug rast also auf die Wand zu. Bremsen könnten seit Jahren überfällige Maßnahmen, zu deren Umsetzung aber der politische Wille vollends fehlt. Dazu zählen der Stopp aller Klima- bzw. „Energiewende“-Projekte und völlig abseitiger freiwilliger Leistungen wie etwa die Finanzierung privater Kneipen und Discos („Clubscene“) durch Steuermittel.

Aber was will man allein von einer Dortmunder CDU-Fraktion erwarten, die sich in einer Koalition mit den Grünen im Stadtrat wohl fühlt? Und nichts zu erwarten ist ohnehin von einer in Dortmund völlig kraftlosen SPD-Fraktion, die sich ganz ihrer Migrantenverliebtheit hingegen hat und die als erste Fraktion die Einrichtung des Asyl-Großhotels im kleinen Oespel als Großtat für die Bürger bejubelte.

## Stadt verteilt Migrantenkinder mit Bussen auf Dortmunder Grundschulen

Über 140 schulpflichtige Zuwanderer kommen monatlich nach Dortmund. Die Stadt karrt sie mit Bussen in Stadtteile, wo es noch Schulplätze gibt.

Die Elternpflegschaft der Kerschesteiner-Grundschule in der Gartenstadt kann es nicht fassen: Eigentlich dachte man, der Ausbau der aus allen Nähten platzenden Schule käme den eigenen Kindern zugute. Doch Ende des Jahres fand man heraus: Die Schule soll statt drei- fünfzünftig werden! „580 Kinder sprengen den gesunden Rahmen einer Stadtteilgrundschule“, warnen die Betroffenen in einer Online-Petition.

Auch die Schubert-Grundschule in Renninghausen und die Jungferntal-Grundschule in Rahm sollen um je einen Zug erweitert werden.

Laut Stadtverwaltung strömen nach Dortmund „im Monatsdurchschnitt 148 Schüler\*innen, für die ein Schulplatz gefunden werden muss“ (Stand: 06/23) – das sind rund 1,5 Klassenstärken pro Woche! In einem gemeinsamen Antrag für den Schulausschuss vom Mai schreiben CDU/Grüne: „Die Zahl der grundschulpflichtigen Kinder in Dortmund ist in den letzten Jahren massiv gestiegen. Hauptgrund dafür ist der

Zuzug insbesondere von geflüchteten Familien mit ihren Kindern.“ Da zugewanderte Kinder bereits nach vier Wochen eine reguläre Schule besuchen sollen, fordert Dortmunds Schwarz-Grün, sie dorthin zu befördern, wo es „Platzüberhang“ gibt: „Es ist nicht hinnehmbar, dass diese Grundschulplätze frei bleiben, während hunderte Kinder auf einen Platz warten.“

Bei Gegenstimmen der AfD beschloss der Rat der Stadt, bestehende Bustransporte auszubauen und „Abfahrts- und Ankommenszentren“ einzurichten. Die Stadtverwaltung spielt mit. Sie schreibt: „Rund 450 Plätze stehen aktuell in Bussen zur Verfügung, die Grundschüler\*innen aus der Nordstadt zu Grundschulen in anderen Stadtbezirken transportieren. Weitere Schulplätze stehen aktuell in Randbezirken Dortmunds zur Verfügung.“

Wer dachte, sein Kind sei in einem „schicken“ Stadtteil vor der Migrationsucht der Altparteien sicher, könnte also schon bald eine böse Überraschung erleben.

## Knöllchenterror gegen Gehwegparker stoppen

Das Parken auf dem Gehweg war auch in Dortmund jahrzehntelang aus gutem Grund geduldet. Jetzt hagelt es Höchststrafen.

Zwei Busse der DSW21 kommen sich in der Kurve einer zweispurigen Straße entgegen. Weil sie nicht aneinander vorbeikommen, muss einer den Rückwärtsgang einlegen. Die Ursache für das gefährliche Manöver: Dutzende auf der Straße parkende PKW.

Noch vor kurzem gab es solche Szenen nicht. Da parkten Autofahrer halbseitig auf dem Gehweg, was Polizei und Ordnungsamt auch jahrzehntelang geduldet hatten. Seit neuestem aber werden Autofahrer mit Verwarngeldern in Höhe

von happigen 55 Euro überzogen – selbst, wenn es noch genügend Platz für Fußgänger, Rollstuhlfahrer oder Eltern mit Kinderwagen gibt. Neben Bussen kämpfen auch die Feuerwehr, Rettungswagen und die Müllabfuhr mit verengten Fahrbahnen.

Es ist klar, dass den Bürgern auch durch diese Schikane das Autofahren madig gemacht werden soll. Die AfD-Fraktion fordert, zur bewährten Praxis zurückzukehren und das Gehwegparken wieder zu tolerieren!

## Bericht aus Berlin

# Ampel schafft Deutschland ab



Foto: M. Helferich

Matthias Helferich, Mitglied des Rates der Stadt Dortmund und Mitglied des Deutschen Bundestages

Wer glaubte, dass das Berliner Politikestablishment aus der Migrationskrise 2015/16 gelernt hätte, wird aktuell eines Besseren belehrt. Von Januar bis Oktober 2023 wurden knapp 290.000 Asylanträge in Deutschland gestellt – 40.000 mehr als im Vorjahr. Inzwischen ersticken die Kommunen unter dem Migrationsdruck. Ihr Finanzierungsdefizit liegt bei über 7 Milliarden Euro. Im vergangenen Jahr waren es noch 1,4 Milliarden Euro.

Neben Wohnungsnot und steigender Kriminalität leeren sich die Haushaltskassen der Kämmerer in NRW. Fast über die Hälfte aller Bürgergeldempfänger sind nicht-deutsch. Innenministerin Nancy Faeser weigerte sich lange Zeit, stationäre Grenzkontrollen durchzuführen. Dass diese, wie stets von der AfD erklärt, wirksam sind, zeigen die jüngsten Zahlen der Bundespolizei: Seit dem 16. Oktober 2023 kontrolliert diese wieder die Landgrenzen zu Polen, Tschechien, Österreich und der Schweiz. Bereits nach einem Monat konnten die Beamten 11.029 unerlaubte Einreisen feststellen, 4.790 Personen waren von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen betroffen, 670 offene Haftbefehle

wurden vollstreckt und 266 Schleuser festgenommen.

Die AfD lag stets richtig: Robuster Grenzschutz, konsequente Abschiebungen und Remigration sind die Antworten auf die anhaltende Massenmigration. Mit dem Rückführungsverbesserungsgesetz will die Ampel nun vorgaukeln, Abschiebungen zu erleichtern. Doch zeitgleich forciert sie eine weitere Liberalisierung des Staatsangehörigkeitsrechts: Deutscher kann bald jeder werden, der seit 5 Jahren hier lebt. Einbürgerungen sollen Abschiebungen auf Ewig unmöglich machen. Unsere deutsche Staatsbürgerschaft wird zur Ramschware.

Energiemangellage- und Stromrationierungen, anhaltende Zuwanderung in unsere Heimat sowie Deindustrialisierung unserer Wirtschaft sind das Produkt der unheiligen Allianz aus SPD, FDP und Grünen. Und einer CDU/CSU, die mit all dem unter Merkel begonnen hatte, sich jetzt echter Oppositionsarbeit verweigert und lediglich auf die Kanzlerschaft mit den Grünen schießt. Ob in Dortmund oder Berlin – die AfD steht an Ihrer Seite.

Matthias Helferich

## City wird Drogen-Hotspot

Spritzen, Blut, Fäkalien: Die Drogensüchtigen in der City werden für Händler und Kunden zu einem immer größeren Problem. So errichteten die Verantwortlichen der Thier Galerie im August sogar Absperrgitter um Bereiche des Einkaufszentrum, wo Dealer und Käufer besonders aktiv waren. In unmittelbarer Nähe befindet sich auch der städtische Drogenkonsumraum, den seit 2022 auch Nicht-Dortmunder nutzen dürfen – Junkies welcome. Die Verschlimmerung der Lage am oberen Westenhellweg lässt darauf schließen, dass die Drogenhilfeeinrich-

tung keinen entlastenden Effekt auf die Umgebung hat.

Laut einer Erhebung des Managements der Thier Galerie ist Dortmund die landesweit einzige Stadt mit einem Drogenkonsumraum mitten im Stadtkern. Dadurch wird jedes Stadtmarketing konterkariert. Während die Grünen sogar prüfen lassen wollen, den Drogenkonsumraum auf Crack auszuweiten, fordert die AfD-Fraktion, seinen Standort unverzüglich zu verlegen: weg von Ladenzeilen, weg von Wohnsiedlungen, weg von Spielplätzen.

Oh du fröhliche!

## Weihnachtsmarkt im 7. Jahr hinter Barrikaden

Kommentar von Heiner Garbe... Nur ein paar Tage dauerte der Spuk und Dortmund mit seinem weltgrößten Weihnachtsbaum hatte wieder einen Engel auf der Baumspitze thronen. Der strahlende Cherubin war offenbar die erste Wahl der Bürger und dürfte künftig auch den möglichen Versuch verhindern, den traditionellen Weihnachtsmarkt – aktuelle Bezeichnung „Weihnachtsstadt“ – durch einen „Wintermarkt“ zu ersetzen. Verschwunden war die fußballähnliche Kugel, die der Schaustellerverein in diesem Jahr als Engel-Ersatz vorgesehen hatte.

Tagelang hatte das Lokalblättchen *Ruhr Nachrichten* das Für und Wider der Baumspitzenbestückung erörtert und auch eine „Reporterin“ in die City entsandt, die, wie sie in die Kamera sagte, Passanten in der Sache „anlaberte“. In der wöchentlichen Stadt-Pressekonferenz schien denn auch das Thema „Sicherheitskonzept“ die anwesenden Journalisten kaum zu interessieren. Nur eine Frage wurde dazu gestellt und

OB Westphal sagte kurz und knapp, es sei eben das „bewährte Sicherheitskonzept“ der Vorjahre. Das war es dann. Die „Vorjahre“, das sind die 7 Jahren nach dem 19. Dezember 2016, als der 2015 nach Deutschland eingereiste Asylant Anis Amri mit einem gekaperten und mit 25 Tonnen Baustahl beladenen LKW auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz raste. Elf Menschen fanden den Tod, zahlreiche weitere Menschen wurden schwer verletzt.

Seitdem gibt es überall in Deutschland die berechtigte Angst vor ähnlichen Anschlägen islamischer Extremisten und seitdem läuft auch der Dortmund der Weihnachtsmarkt hinter tonnenschweren Betonblock-Barrikaden als irre Adventsnormalität ab. Vor dem Hintergrund des Konflikts im Nahen Osten wurde darüber hinaus im letzten Jahr in Dortmund die Präsenz von Polizisten auch in Zivil weiter verstärkt. Aufgestockt hatte die Stadtverwaltung auch die Streifen des Ordnungsamtes. Wie besinnlich ...



Anti-Terror-Betonsperre vor Dortmunder Weihnachtsmarkt

# DSW21-Mitarbeiter packt aus „Man geht in die Klinik und das wars!“



istock.com/FotoGabbitz

Am 13. September 2023 berichtete die *Ruhr Nachrichten* über einen Großinsatz der Polizei an der Reinoldikirche. Gegen 15 Uhr wurde eine Person von DSW-Mitarbeitern kontrolliert. Schnell bildete sich ein Mob aus ca. 100 Personen, die sich mit der kontrollierten Person solidarisierten. Die Polizei rückte aus. Nach Angaben aus Polizeikreisen sei „im Endeffekt polizeilich nichts passiert.“ Doch die Geschehnisse stellen sich aus Sicht eines Mitarbeiters der DSW, der sich gegenüber der AfD Dortmund öffnete, anders dar.

Nach Aussage des Fahrkartenkontrolleurs hatte sich ein Mob aus ca. 100 jungen Migranten, darunter zahlreiche Syrer und Nordafrikaner gebildet, der verhindern wollte, dass ein Migrant von den DSW-Mitarbeitern kontrolliert wurde. Die Stimmung war „bedrohlich, hoch aggressiv“ und dennoch Alltag für die Busfahrer und Kontrolleure in unserer Stadt.

„Wir werden bespuckt, geschlagen und beleidigt.“, berichtet der Mitarbeiter in den Räumlichkeiten der AfD-Ratsfraktion. In jeder Schicht müsse man sich „Fick deine Mutter“ oder „Scheiß Nazi“ anhören. Die Nerven liegen blank unter den

Mitarbeitern der DSW. Allein vier Arbeitskollegen sind dauerhaft in psychischer Behandlung. Die meisten Übergriffe erfolgen, so der Mitarbeiter, durch Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Auch am besagten Mittwochnachmittag gestaltete sich die Situation nicht so harmlos, wie von Polizei und *Ruhr Nachrichten* geschildert. „Meine Kollegin wurde von einer Fantadose am Kopf getroffen – mit voller Wucht, aus sieben Meter Entfernung.“

Die Polizei war dem Mob am Gleis der U43/44 nicht gewachsen und versuchte zu deeskalieren. Man müsse auf die Mentalität der Leute

eingehen, sagte eine junge Polizistin den Mitarbeitern. Es klingt, wie vorgeschoben, denn auch aus Polizeikreisen heißt es, dass man zunehmend machtlos gegenüber der grassierenden Migrantengewalt sei.

Auch von ihrem Arbeitgeber fühlen sich die Mitarbeiter der Stadtwerke im Stich gelassen: Der Service-Dienst in den Nachtexpressen wird abgebaut, Hilfe für Verletzte gibt es mit Ausnahme von „Seelsorge-Gesprächen“ kaum. „Man geht in die Klinik oder zum Arzt und das wars!“, trägt der Mitarbeiter resigniert vor. Ab November sollen die Mitarbeiter ein „Deeskalationstraining“ erhalten und einmal jährlich besteht für sie die Möglichkeit an einem Schnellkurs in Selbstverteidigung teilzunehmen.

„Meine Frau sagt mir regelmäßig, wenn ich zum Dienst gehe: Komm bitte heil nach Hause.“ Es hört sich an, als würde er in den Krieg ziehen. Und ja, es ist inzwischen der Bürgerkrieg in unseren Städten, dem viele Mitarbeiter im öffentlichen Dienst ausgesetzt sind. Ein Bürgerkrieg über den sie aus Gründen der politischen Korrektheit schweigen müssen.

Die AfD-Ratsfraktion wird sich diesen erschreckenden Zuständen annehmen: Wir stehen an der Seite der DSW-Mitarbeiter!

Das Gespräch mit dem DSW-Mitarbeiter, der unerkannt bleiben möchte, führten Peter Bohnhof (Stellv. Fraktionsvorsitzender) und Matthias Helferich (Ratsmitglied und Mitglied des Bundestages).

## Die AfD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund



Foto: AfD-Fraktion Dortmund

Die AfD-Fraktion v. l. n. r.: Heiner Garbe (Journalist), Peter Bohnhof, Matthias Helferich (Rechtsanwälte), Tino Perlick (Kulturwissenschaftler), Wolfgang Seitz (Unternehmer)

## City-Niedergang: Karstadts langes Sterben

Im März 2023 war es soweit: Der angeschlagene Galeria-Konzern gab zum zweiten Mal bekannt, das Dortmunder Karstadt-Haus dichtzumachen. Die geplante Schließung des Vollsortimenter-Warenhauses markierte einen vorläufigen Höhepunkt des Niedergangs der Dortmunder City. Seit Oktober 2020 dümpelte da bereits der ehemalige Kaufhof-Klotz am oberen Westenhellweg vor sich hin. Zwei fast geschäftslose Immobilienklötze könnte die Innenstadt nicht verkraften.

Auch, wenn die Schließung erneut (vorerst) verhindert werden konnte, ist es Fakt, dass eine rotgrüne Stadtplanung in Dortmund eine lebendige Innenstadt mit prosperierenden Einkaufsstandorten immer stärker verhindert. Nach Geschäftsschließung ist die City abends quasi tot. Tagsüber gibt es immer weniger Parkplätze für Kunden. Mehr und mehr Parkraum fällt zum Teil überbreiten Radwegen zum Opfer. Immer mehr Knöllchenschreiber drangsaliieren die Autofahrer,

Einkaufen wird vielfach zum Stress. Die Altparteien im Rat der Stadt wollen im Grunde gar keine Autos mehr mit bösem Verbrennungsmotor mehr in der Innenstadt haben. Welchem genervten Autofahrer ist es da anzukreiden, wenn er gleich zum Ruhrpark nach Bochum fährt? Da gibt es kostenlose Parkplätze ohne Ende und jede Menge Geschäfte, die auch noch ebenerdig zu erreichen sind.

Vor diesem Hintergrund beantragte die AfD-Fraktion für die In-

nenstadt Dortmunds quasi als „Notmaßnahme zur City-Rettung“ eine 180-Grad-Wende in der städtischen Verkehrspolitik. Zurück genommen werden sollten alle Vorschriften und laufenden bzw. beabsichtigten Baumaßnahmen, die das Ziel verfolgen, den motorisierten Personennahverkehr weiter einzuschränken, inkl. des Vorhabens, eine erweiterte „Parkraumbewirtschaftung“ auch in den Vororten vorzunehmen. Aber keine Chance: Die anderen Ratsfraktionen lehnten den Antrag ab.

# BVB-Fans haben Besseres verdient

Nach zehn Jahren Bayern-Dominanz und drei Jahren Corona-Maßnahmen stand Fans zur erwarteten Meisterfeier eine Riesensause zu. Die Stadtspitze erteilte lieber einen Platzverweis.

Von Peter Bohnhof\_ Nach sechs Minuten ließ Oberbürgermeister Thomas Westphal (SPD) in der Pressekonzferenz zur möglichen Meisterfeier vier Tage vor dem letzten Spieltag die Bombe platzen: Kein Public Viewing! Für die Fans blieb nur der Blick ins TV-Gerät, so man einen Sky-Zugang hatte. Wie sich später aus einer Antwort der Verwaltung ergab, hatte man offenbar viel zu wenig getan, um die Übertragungsrechte zu erhalten. Doch das war längst nicht alles.

BVB-Fans sollten die Innenstadt am besten gleich ganz meiden, so Westphal. „Dezentral“ möge man



feiern – in Kneipen, in Schrebergärten oder zuhause. Schließlich habe das während Corona auch „wunderbar“ geklappt! Für die AfD-Fraktion bewies der Lübecker Westphal damit in etwa so viel Gespür für die Dortmunder Fußballseele wie ein Bulldozer fürs Ballett.

So war die Meisterfeier schon ins Wasser gefallen, bevor der BVB gegen Mainz patzte. Was blieb, waren die vorsorglich aufgestellten Halte- und Glasverbotsschilder rund um den Wall – eine unschöne Erinnerung an den geplatzten Meistertum, welche die Stadt erst nach einem Monat beseitigte.

## Beirat für Gastarbeiter-Denkmal Kleinvieh macht auch Mist

Es ist ja nicht so, als wäre ein „Denkmal für Gastarbeiter\*innen in Dortmund“ per se eine Selbstverständlichkeit. Aber muss man für so ein Bauprojekt auch noch einen „Beirat“ aus dem Boden stampfen? In Dortmund ist das leider so.

Hier gibt es längst einen Beirat Nahmobilität, einen Klimabeirat und bald eben auch einen Beirat für besagtes Denkmal. Was der tun soll, ist unklar. Politisch korrekt ausloten, ob Italiener rechts stehen dürfen, oder ob Türken oder Griechen in die Mitte gehören vielleicht? Man weiß es nicht. Noch nicht einmal der Begründungstext im entsprechenden Beschluss klärt über die Funktion

dieses Beirats auf. Egal. Fest steht hingegen, dass es dreizehn stimmberechtigte Mitglieder geben soll – neben acht Personen aus Zivilgesellschaft, Forschung und Kunst auch mindestens je ein Ratsmitglied der SPD, der CDU und der Grünen. Sie alle dürfen sich für ihr „ehrenamtliches“ Engagement über Sitzungsgeld voraussichtlich so um die 40 Euro freuen. Nicht, dass man davon reich wird, nein. Aber für einen kleinen Einkauf oder einmal kurz Nachtanken ist das schon hilfreich. Die Dortmunder, die Denkmal und Beirat mit ihren Steuern finanzieren müssen, würden sich darüber sicher auch sehr freuen.

## Freizeitausschuss lässt Freibadrandale laufen

Finden Sie diese Forderung schlimm? Angesichts der grassierenden Welle an Gewaltkriminalität in städtischen Bädern, sollten Mitarbeiter der Dortmunder Freibäder einmal jährlich (anonymisiert) zur Sicherheitslage befragt werden, damit man Probleme und Gegenmaßnahmen besser bewerten kann. Für das bunte Establishment ist selbst das nicht hinnehmbar. Sämtliche anderen Fraktionen lehnten einen entsprechenden Antrag der AfD-Fraktion im Ausschuss für Kultur, Sport und Freizeit kommentarlos ab. Alle Grapscher, Pöbler und Randalierer wird's freuen ...

## Afghanen 13-mal öfter Sex-Täter als Deutsche

1.680 Afghanen sind seit 2015 nach Dortmund zugezogen, wie eine Anfrage der AfD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund ergab (Stand Mitte 2023). Laut der Bundesregierung verübten Afghanen 2022 rund 13-mal so viele Sexualdelikte wie deutsche Staatsbürger.

In Dortmund hatte der Afghane Zubyr S. im Jahr 2020 zunächst eine elf- und dann eine 13-Jährige in der Nordstadt vergewaltigt. In Bezug auf afghanische Tatverdächtige im Bereich der Sexualstraftaten liegen der Stadt nach eigenen Angaben aber „keine verwertbaren Erkenntnisse“ vor.

## So eine Sch%\$#!&!

Hundekot auf Gehwegen, Grünflächen und Spielflächen ist ein Dauerergernis für viele Dortmunder. Die AfD-Fraktion in der Bezirksvertretung Scharnhorst wollte entsprechende Tütenspenden an Abfalleimern anbringen und fand dafür – na

so was – auch eine Mehrheit! Doch nicht einmal diesen kleinen Erfolg gönnt uns die Stadtverwaltung, die das Ganze für angeblich nicht umsetzbar erklärte. Nun wissen Sie, wer Schuld hat, wenn Sie das nächste Mal in einen Hundehaufen treten :)



Oberbürgermeister Westphal versteht die Aufregung nicht.

### IMPRESSUM

#### Herausgeber:

AfD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund  
Fraktionsvorsitzender Heiner Garbe (V.i.S.d.P.)

#### Kontakt:

Friedensplatz 1

44135 Dortmund

Telefon: 0231-50 27160

Fax: 0231-50 10165

E-Mail: afd-fraktion@stadtdo.de

